

DELIBERATIVE REFORMEN IN DER POLITIK

In der letzten Dekade ist Deliberation – oder vernünftiges Gespräch – zum Mantra in der politischen Philosophie geworden. Deliberation heisst, dass Gesprächsteilnehmende ihre Positionen ausführlich und gemeinwohlorientiert begründen, anderen Argumenten und Positionen mit Respekt begegnen und bereit sind, sich vom besseren Argument überzeugen zu lassen. Deliberation hat in den letzten Jahren einen starken Praxisbezug erfahren, indem in vielen Ländern zunehmend Bürgerdiskussionen zu wichtigen politischen Fragen durchgeführt wurden. Und das mit Erfolg: Deliberierende Bürgerinnen und Bürger ändern ihre Meinungen oft recht dramatisch und sehr häufig auch in Richtung mehr gemeinwohlorientierter Positionen. Das seit August 2010 laufende Forschungsprojekt «Deliberative Reformen in der Politik», das ich als SNF-Förderprofessor leite, knüpft an diese Bestrebungen an, stellt aber das politische System ins Zentrum. Ziel ist es, das Reformpotenzial von Deliberation im politischen System auszuloten.

Deliberation in der Politik?

Warum aber sollte die repräsentative Politik deliberativer werden? Ist es nicht viel wünschenswerter, dass Bürgerinnen und Bürger zusammen deliberieren und auf diese Weise Demokratie «von unten» erneuert wird? Der Fokus auf die politische Sphäre hat drei Gründe: Erstens werden folgenreiche Entscheidungen auch zukünftig im politischen System getroffen, während Bürgerdeliberationen die Politik oft nicht nachweisbar beeinflussen. Zweitens ist Bürgerdeliberation zu komplexen Themen nicht

selten mit einem hohen Aufwand für die beteiligten Bürgerinnen und Bürger verbunden. So dauerte etwa die Bürgerdeliberation zur Einführung eines neuen Wahlsystems in der kanadischen Provinz British Columbia ein ganzes Jahr. Ein solch grosses Bürgerengagement mag für ganz zentrale politische Fragen wie die Einführung neuer Wahlsysteme funktionieren, sicher aber nicht für alle anstehenden politischen Geschäfte. Drittens stellt sich die Frage der empirischen Legitimität von Bürgerdeliberationen. Sind Bürgerinnen und Bürger, die nicht deliberiert haben, bereit, die Diskussionsergebnisse von zufällig ausgewählten deliberierenden Bürgerinnen und Bürgern zu akzeptieren? Bisherige Erfahrungen sprechen eher dagegen: Zum Beispiel fand der von der Bürgerversammlung in British Columbia ausgearbeitete Vorschlag für ein neues Wahlsystem in einem Referendum keine Volksmehrheit. Von daher scheint es angezeigt, über deliberative Reformen auch dort nachzudenken, wo Deliberation am unmittelbarsten Einfluss auf das Politikergebnis hat, nämlich in der repräsentativen Politik selber.

Wie kann Deliberation realisiert werden?

Im Projekt geht es in einem ersten Schritt um die «analytische» Dimension deliberativer Reformen in der Politik. Diese Dimension fokussiert einerseits auf die Elemente, die gute Deliberation ausmachen, andererseits auf die Bedingungen, unter denen Deliberation in der realen Politik funktionieren kann. Klassische Definitionen von Deliberation legten den Schwerpunkt hauptsächlich auf ausführliche Begründungen, Gemeinwohlorientierung,





PROF. DR. ANDRÉ BÄCHTIGER

Respekt und konstruktive Politik. In der Tat mögen respektvolle und konstruktive Dialoge dazu beitragen, die Akzeptabilität von politischen Entscheidungen zu erhöhen. Doch wenn es um besseres und vertieftes Wissen, um die sogenannte epistemische Qualität geht, ist es fraglich, ob respektvoller und konstruktiver Dialog das effizienteste Mittel ist. Vielmehr können konfrontative und kompetitive Gesprächstechniken (wie Hinterfragen, Disputieren, Insistieren) helfen, problematische Aspekte bestehender Meinungen sowie argumentative Inkonsistenzen aufzudecken. Ein besonders interessantes Beispiel in diesem Zusammenhang sind monastische Debatten in Tibet. Hier debattieren Mönche kontroverse Geltungsansprüche so lange kompetitiv (und teilweise auch aggressiv), bis einer der Teilnehmer eingesteht, dass ihm die Argumente ausgegangen sind. Das Projekt untersucht, welche Kommunikationsform – konstruktiver Dialog oder kompetitive Techniken – bessere Ergebnisse im Hinblick auf verschiedene Ergebnisdimensionen (Akzeptabilität und epistemische Qualität) liefert.

DR. ANDRÉ BÄCHTIGER,
SNF-FÖRDERPROFESSOR FÜR
POLITIKWISSENSCHAFT

Geboren 1971 in Bern, studierte André Bächtiger Geschichte, Politikwissenschaft und Medienwissenschaft an der Universität Bern und der University of North Carolina (Chapel Hill). Er promovierte 2004 in Bern und wurde 2010 ebenfalls an der Universität Bern habilitiert mit dem Thema «Democracy and democratization in advanced countries, less developed countries, and at the global scale». 2003 verbrachte André Bächtiger einen Forschungsaufenthalt an der University of North Carolina (Chapel Hill). Von 2005 bis 2009 war er Oberassistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern; daneben nahm er ab 2006 einen Lehrauftrag für Vergleichende Politik an der Universität Luzern wahr. Nach einem Forschungsaufenthalt an der Research School of Social Sciences der Australian National University (Canberra) übernahm André Bächtiger 2009/2010 eine Vertretungsprofessur an der Universität Konstanz. Seit August 2010 ist er SNF-Förderprofessor am Politikwissenschaftlichen Seminar der Universität Luzern mit dem Projekt «Deliberative Reforms in the Political System».

Forschungsschwerpunkte:

Deliberative Reformen im politischen System, Deliberation in der direkten Demokratie, Deliberatives Potenzial von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, Deliberation, Diskursqualität und Meinungsänderungen, Religion in der Öffentlichkeit.